

ASTA info

nr. 4
8. juli 2003

VON MANFRED SUCHAN

STUDIENGEBÜHREN UND HAUSHALTSKRISE

**Verliert der Berliner Senat seine
Gestaltungs- und Politikfähigkeit?**

Politik in der Sackgasse

Ende 2001 war die derzeitige Senatskoalition mit dem ambitionierten Anspruch eines »Politikwechsels in der Wissenschaftspolitik« angetreten. Die jetzigen Überlegungen zur Einführung von Studiengebühren für sogenannte Langzeitstudierende (Vgl. Morgenpost vom 19.06.03) stellen jedoch eine Kapitulation dar vor dem öffentlich-politischen Druck marktradikaler Politiker, kapitalstarker Medienkonzerne, neokonservativer think-tanks sowie dem Berliner Filz. Anstatt die Ursachen der Berliner Haushaltskrise aufzuarbeiten, die sich u.a. im Berliner Bankenskandal manifestieren, wird eine konzeptionslose Kürzungspolitik betrieben und Politiker überbieten sich mit Kürzungsplänen. Für einen Wissenschaftssenator in einem politischen Amt muß es schwer erträglich sein, mangels Spielräumen letztlich die wissenschaftspolitischen Utopien seiner politischen Gegner umsetzen zu müssen.

Bis zum Jahr 2006 will Wissenschaftssenator Thomas Flierl (PDS) im Rahmen eines Studienkontenmodells Gebühren für sog. »Langzeitstudierende« in Höhe von 500 Euro pro Semester einführen. Die geplanten Einnahmen durch Studiengebühren in Höhe von 5 Mio. Euro werden jedoch nicht den Hochschulen zugute kommen, da gleichzeitig die Zuschüsse an die Universitäten bis zum Jahre 2009 um 100 Mio. Euro gekürzt werden sollen (Vgl. Berliner Zeitung vom 21./22.06.03).

FORTSETZUNG AUF S. 3 ►



KRISE?

WELCHE KRISE?

✕✕EDITORIAL

Schon seit geraumer Zeit werden in der Öffentlichkeit von marktradikalen Politikern und neo-konservativen think-tanks wie dem vom Bertelsmann-Konzern finanzierten

›Centrum für Hochschulentwicklung‹ (CHE) Studiengebühren gefordert. In einigen Bundesländern sind Studiengebühren schon Realität. Von ihren BefürworterInnen werden Studiengebühren nahezu als Universallösung eines gewichtigen Teils der gegenwärtigen Menschheitsprobleme gepriesen. Sie sollen den Einfluß der Studierenden an der Uni stärken, zu einer verbesserten Lehre führen, Studienzeiten verkürzen sowie finanzielle Engpässe der Hochschulen und zugleich auch der Landeskassen beseitigen helfen.

Auch in Berlin besteht seit mindestens einem Jahr eine Debatte zur Einführung von Studiengebühren. Am 19. Juni 2003 stellte nun Wissenschaftssenator Thomas Flierl ein Studiengebührenmodell in Form von Studienkonten vor. Die Einführung von Studiengebühren hat jedoch weitreichende Folgen insbesondere auf den Lehrbetrieb und unser Studieren. Diesen Folgen ist die vorliegende Ausgabe des AStAinfos gewidmet. Zu Anfang steht ein Artikel, der kritisch zu Flierls Studiengebührenplänen Stellung nimmt. Es folgt nach einem kurzen Beitrag zum Treffen der Europäischen Bildungsminister im September 2003 ein Beitrag zu Studienkonten und Bildungsgutscheinen. Anschließend wird das neue Buch von Mathew D. Rose vorgestellt, das Licht auf den Zusammenhang von Berliner Haushaltskrise und Studiengebühren wirft. Das Sozialreferat des AStA-FU liefert eine Analyse der Studiengebührendebatte und weist Perspektiven auf. Den Abschluß bildet ein Beitrag zur gegenwärtigen Situation im Iran, wo die Studierendenbewegung sich zum Hoffnungsträger einer Selbstbefreiung entwickelt.

Zum Beginn des Wintersemesters 2003/04 wird eine umfassendere AStA-Publikation mit dem Themenschwerpunkt Studiengebühren und Haushaltskrise erscheinen. Noch in diesem Semester veranstaltet der AStA aufgrund der aktuellen Entwicklungen eine

Informationsveranstaltung zu den neuen Studiengebührenplänen am 16. Juli 03, 14 Uhr, Hörsaal 1b, Silberlaube.

INHALT

- 1 Studiengebühren und Haushaltskrise
- 5 Studienkonten und Bildungsgutscheine
- 8 Von Bologna nach Berlin
- 10 »Zurückbleiben wird ein kulturloses Armenhaus«
- 14 Her mit dem schönen Leben
- 17 Iran am Scheideweg

Dieses Asta-Info wurde vom Hochschulpolitischen Arbeitskreis für euch geschrieben! Der Arbeitskreis wurde gegründet auf Initiative des Referates für Hochschulpolitik beim AStA der FU. Referat und Arbeitskreis diskutieren und verwirklichen gemeinsam verschiedene Projekte. Wir sind offen für alle an linker und emanzipatorischer Hochschulpolitik interessierten Menschen und laden herzlich zum Mitmachen ein!

Kontakt: Ralf Hoffrogge, arbeitsadresse@gmx.net

► FORTSETZUNG VON S. 1

Mythos Langzeitstudent

Zu längeren Studienzeiten führen die unterschiedlichsten Gründe, von denen lediglich ein geringerer Teil von den Studierenden selbst beeinflusst werden kann. So brauchen Studierende mit niedrigerer sozialer Herkunft und gering verdienenden Eltern deutlich mehr Zeit für ihr Studium, da sie überwiegend finanziell schlecht ausgestattet sind und insbesondere in der Studienabschlußphase auf eine oft komplette Selbstfinanzierung durch Erwerbsarbeit angewiesen sind. Und die Förderung nach BAföG endet häufig genau dann, wenn in der Studienabschlußphase in besonderem Maße eine Studienfinanzierung benötigt wird. Schlechte finanzielle Ausstattung ist somit die zentrale Ursache für längere Studienzeiten.

Zudem unterscheidet sich nicht nur die Studiendauer zwischen den Fächern einer Universität erheblich, sondern ebenso innerhalb eines Faches an verschiedenen Universitäten allein schon aufgrund unterschiedlicher Studien- und Prüfungsverhältnisse. Wechsel des Studiengangs oder des Hochschulorts, Berufspraktika, Auslandssemester, aber auch Kindererziehung, Betreuung Pflegebedürftiger oder Krankheit und Behinderung verlängern die Studiendauer. Eine klare Definition des Begriffs »Langzeitstudium« ist letztlich nicht möglich. Zu unterschiedlich sind die jeweiligen Studienbedingungen und zu individuell die einzelnen Studienbiographien. Die willkürliche Setzung einer sogenannten »Regelstudienzeit« negiert jegliche soziale Realität.

Langzeitstudis als Sündenbock für Politikversagen

Die geplanten Langzeitstudiengebühren sind ein erster Schritt auf dem Weg zu allgemeinen Studiengebühren. Sie sind eine willkürliche Benachteiligung einer Minderheit von Studierenden, die den Universitäten in Wirklichkeit keine zusätzlichen Kosten verursacht. Langzeitstudierende nutzen in der Regel die öffentlich-institutionellen Ressourcen nicht häufiger oder intensiver als andere Studierende. Sie brauchen lediglich aus den unterschiedlichsten Gründen länger als andere Studierende für ihr Studium. Gerade Langzeitstudierende sind zudem in vielfältiger Weise an der Universität und in der Stadt sozial und politisch engagiert. Der einzige Effekt von Langzeitstudiengebühren ist eine Erhöhung der Studienabbruchrate. Der Mehr-

heit der sog. Langzeitstudierenden wird damit der Weg zu einem berufsqualifizierenden Abschluß verbaut. Sie müssen als Ungelernte die Universität verlassen und auf dem Arbeitsmarkt konkurrieren. Wissenschaftssenator Flierl riskiert mit seinen Studiengebührenplänen eine massenhafte Zerstörung von Lebensentwürfen und Entwertung von Biographien.

Politik als Mißstandsverwaltung

Zukunftsfähige und richtungsweisende Konzepte sind in der derzeitigen Berliner Wissenschaftspolitik kaum auszumachen. Ziel der Berliner Wissenschaftspolitik ist es nach Flierl lediglich, »einen Beitrag der Hochschulen zur Konsolidierung des Landeshaushalts« zu leisten. Politik reduziert sich auf eine Verwaltung des übernommenen Mangels. Die wahllosen Kürzungen werden in mißbräuchlicher Weise mit dem Begriff »Reform« belegt, womit die Reformtradition der Berliner Hochschulen diskreditiert wird.

Wissenschaftssenator Flierl nennt sein Studiengebührenmodell »Berliner Modell«. Doch mit genau diesem haben seine Vorstellungen nichts zu tun. Als Berliner Modell wird der Hochschulreformanspruch der (west-)berliner Universitäten TU und FU verstanden, nach dem Versagen der Universitäten vor dem Faschismus und dem Mißbrauch der Wissenschaft vor 1945 ein neues Wissenschaftsverständnis in gesellschaftlicher Verantwortung zu begründen. Mit diesem Verständnis hat Flierls »Berliner Modell« nichts gemein und verschließt vielmehr die Augen vor der sozialen und ökologischen Verantwortung der Wissenschaft. Wie dringend geboten eine neue Debatte zur Verantwortung der Wissenschaft ist, zeigt nicht zuletzt der ungehinderte Ausbau der Freien Universität zum Bio- und Gentechnologie-Campus während der Amtszeit von FU-Präsident Peter Gaehtgens, sowie der Etablierung einer »Wissenschaft des Spektakels« in Form Langer Wissenschaftsnächte.

Entmündigung in der Lernfabrik

Wissenschaftssenator Flierl spricht im Rahmen der Einführung von Studiengebühren von einem »Paradigmenwechsel«. Studierende würden in Zukunft »Kunden« an der Universität sein. Doch dies ist ein Paradigmenwechsel hin zu einem technokratischen Lehrbetrieb ohne Bildungsanspruch. Nach Effizienzkriterien und

betriebswirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Kalkulationen erfolgt eine Taylorisierung des Studiums. In der zukünftigen Lernfabrik werden Studierende so zu einem Werkstück, dem dosiert in Modulen genormtes Wissen ohne Bildung appliziert wird. Von einem Bürgerrecht wird Bildung zu einem künstlich verknappten Gut herabgestuft. Die Menschen werden entmündigt; ihnen wird zukünftig vorgeschrieben, was und wieviel sie wissen dürfen. Eine Verarmung der Wissenschaft und eine Nivellierung des Studierens ist die Folge. Selbstbestimmtes und kritisches Studieren werden endgültig der Vergangenheit angehören.

Hiermit verbunden ist ein grundlegender Wechsel des Status der Studierenden. Mit dem Rollenwandel vom (formal) gleichberechtigten Universitätsbürger hin zum Kunden vollzieht sich ein Wechsel vom Subjekt zum Objektstatus. Studierende sind nicht mehr Mitglieder der Universität als einem politisch regulierten und kulturstaatlich verfaßten, mehr oder weniger demokratischen Gemeinwesen, mit einklagbaren Rechten sowie Partizipations- und Vertretungsanspruch. Entsprechend dem neuen Leitbild wird ihr Aufenthalt als prinzipiell der Universität Außenstehende zukünftig nur entsprechend ihrer individuellen Zahlungsfähigkeit geduldet. Der Wegfall der Universität als Ort gelebter Demokratie und der Schaffung demokratischen Bewußtseins wird einen gesamtgesellschaftlichen Entdemokratisierungs- und Entpolitisierungsprozeß nach sich ziehen.

Wissenschaft und Verantwortung

Gleichzeitig will Flierl jedoch »weg von Strafgebühren« und fordert »Leistungsanreize und Motivation für ein zügiges Studium«. Doch dafür sind Studiengebühren, die ausschließlich die Verweildauer an den Universitäten negativ sanktionieren, lediglich die Studienabbrecherzahlen in die Höhe treiben und die Ursachen längerer Studienzeiten ausblenden, denkbar ungeeignet. Was neben einer finanziellen und sozialen Absicherung des Studiums zur Motivation fehlt, ist ein politisches Projekt, sind zukunftsfähige Perspektiven für einen notwendigen sozialen und ökologischen Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft entgegen der herrschenden Politik einer technokratischen Modernisierung. Zunehmender Leistungsdruck beschleunigt lediglich den rasenden Stillstand der Verhältnisse.

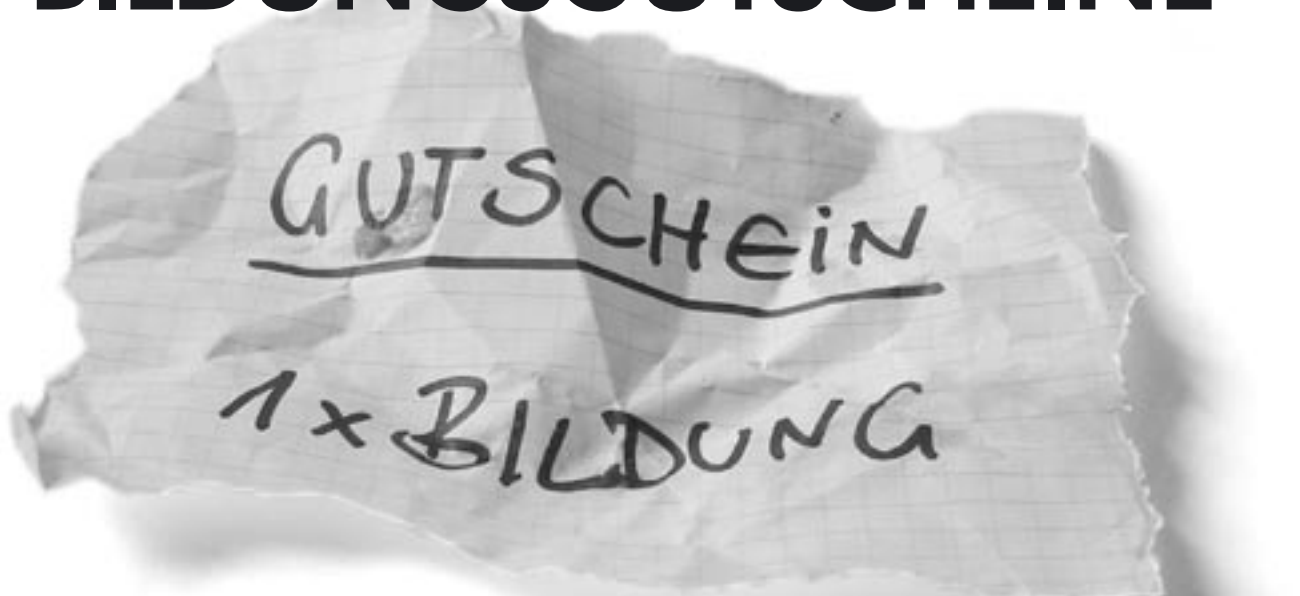
Vor dem Hintergrund der Berliner Verhältnisse sei hier an die Entwürfe von Flierls Amts- und Fachkollegen, dem ehemaligen Hamburger Wissenschaftssenator (1984-87) K. M. Meyer-Abich erinnert, der u.a. in seinem Buch »Wissenschaft für die Zukunft« Aufgaben und Perspektiven einer zukunftsfähigen Wissenschaft aufgezeigt hat. Meyer-Abichs Entwürfe zur Erneuerung der politischen Kultur sind heute aktueller denn je und demonstrieren, in welchem erschreckenden Ausmaß sich seither Rückschritte nicht nur in der Wissenschaftspolitik ereignet haben. An der FU Berlin steht hierfür exemplarisch die Abwicklung der Projektstudien im vergangenen Jahr, die den Anspruch selbstbestimmten Studierens und einer Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung verkörperten.

Literatur:

- Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) 2001: Gebühren für »Langzeit«-Studierende? – Fakten zur Debatte. Bonn. (= Schriftenreihe des ABS, Heft 3).
- Agnoli, Johannes; Brückner, Peter 1967: Die Transformation der Demokratie. Berlin.
- Borchert, Jens 1995: Die konservative Transformation des Wohlfahrtsstaates – Großbritannien, Kanada, die USA und Deutschland im Vergleich. Frankfurt/M, New York.
- Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi); freier Zusammenschluss der studentinnenschaften (fzs) 2002: Bildungsfinanzierung – BdWi-Studienheft. Marburg.
- Debord, Guy 1996: Die Gesellschaft des Spektakels. Berlin.
- Hoff, Benjamin; Sitte, Petra (Hg.) 2001: Politikwechsel in der Wissenschaftspolitik? – Ein Lesebuch. Berlin.
- Hufer, Klaus-Peter; Klemm, Ulrich 2002: Wissen ohne Bildung? – Auf dem Weg in die Lerngesellschaft des 21. Jahrhunderts. Neu-Ulm.
- Informationsausschuß 1989: FU-Berlin – Ein pechschwarzes Gebilde. Berlin.
- Jungk, Robert; Müllert, Norbert R. 1989: Zukunftswerkstätten – Mit Phantasie gegen Routine und Resignation. München.
- Kröger, Fabian; Schulz, Christoph; Schwerin, Alexander v. ; Wagemann, Uta (Hg.) 2002: Angewandte Genetik – Gene zwischen Mythos und Kommerz. Berlin.
- Meyer-Abich, Klaus Michael 1988: Wissenschaft für die Zukunft – Holistisches Denken in ökologischer und gesellschaftlicher Verantwortung. München.
- Müller-Böhling, Detlef 2000: Die entfesselte Hochschule. Gütersloh.
- Rose, Mathew D. 2003: Eine ehrenwerte Gesellschaft – Die Bankgesellschaft Berlin. Berlin.

Warum es keine sozialverträglichen Studiengebühren gibt

STUDIENKONTEN UND BILDUNGSGUTSCHEINE



■ *BEREITS KURZ NACH SEINER WAHL zum Präsidenten der Hochschulrektorenkonferenz ging der ehemalige FU-Präsident Peter Gaethgens in die Offensive: In einem Interview mit dem Uni-Spiegel erklärte er »sozial verträgliche Studiengebühren« für »unabdingbar notwendig«. Nach intensiver Debatte um direkte Studiengebühren zu Anfang des Sommersemesters machte dann Kultursenator Flierl (PDS) seinen Vorschlag zur Quadratur des Kreises: sogenannte Studienkonten sollen uns »sozial gerecht« zur Kasse bitten und die Unis effizienter machen. VON RALF HOFFFROGGE*

Modelle für Studienkonten gibt es seit längerem in Rheinland Pfalz und Schleswig-Holstein. In Nordrhein-Westfalen ist die Einführung sogar schon beschlossen: die Rot-Grüne Regierung verabschiedete ein entsprechendes Gesetz, das die Einführung der Studienkonten zum Wintersemester 2004 verfügt.

Die erwähnten Modelle sehen vor, daß jede(r) Studierende zu Beginn des Studiums ein bestimmtes Guthaben von Semesterwochenstunden erhält. Diese werden als Gutscheine ausgegeben oder auf einem sogenannten Studienkonto verwaltet. Für jede besuchte Lehrveranstaltung werden nun Einheiten von diesem Konto abgebucht. Ist das Konto erschöpft, droht entweder die Zwangsexmatrikulation oder eine horrende

Strafgebühr (in NRW sind 650 Euro pro Semester vorgesehen, in Flierls Vorschlag 500 Euro). Um das ganze jedoch zu entschärfen, soll das gewährte Guthaben ein Studium über die Regelstudienzeit hinaus ermöglichen – von 20% mehr bis hin zur doppelten Anzahl von Semesterwochenstunden ist die Rede. Dies klingt versöhnlich, ermöglicht es doch scheinbar allen ein gebührenfreies Erststudium. Das Versprechen, nicht verbrauchtes Guthaben für Fortbildungsangebote nutzen zu können, soll noch die letzten Zweifler überzeugen.

Kontrolliertes Lernen

Die soziale Realität sieht jedoch anders aus. Die sogenannte Regelstudienzeit ist seit jeher eine kaum erreichbare Minimalgrenze, die mit der tatsächlichen Studi-

endauer nie etwas zu tun hatte. 20% oder 50% mehr Veranstaltungen, die in der Theorie großzügig erscheinen, erweisen sich in der Praxis als bittere Notwendigkeit, um überhaupt einen Abschluss zu erlangen. Insbesondere bei stetig schlechteren Studienbedingungen. Ein zusätzlicher Sprachkurs oder ein Studienfachwechsel werden im Studienkontenmodell zum Luxus.

Der Flierl-Vorschlag enthält zudem einen besonderen Pferdefuß: es sollen nicht nur die Leute zahlen, die ihr Guthaben aufgebraucht haben, sondern auch alle, die mehr als vier Semester über der Regelstudienzeit liegen. Somit zieht gerade das Argument der sozialen Gerechtigkeit für Flierls Vorschlag nicht. Denn wie bei Langzeitstudiengebühren werden hier wieder pauschal alle bestraft, die aufgrund von Erwerbsarbeit, Kindererziehung oder schlichtweg anderen Lebensentwürfen nicht alle Energie ins Schnellstudium stecken können.

Durch diese Zeitbegrenzung ist Flierls Modell wesentlich repressiver und unflexibler als etwa das NRW-Modell, aber jedes Kontenmodell hat noch ein ganzes Bündel von weiteren unangenehmen Nebenwirkungen.

Wo bleibt der Datenschutz?

Zum Beispiel läßt die technische Umsetzung bei allen Studienkontenmodellen böse Vermutungen aufkommen. Denn wer kann schon feststellen, wie viele Semesterwochenstunden wir schon »verbraucht« haben? Dazu müsste man die Anwesenheits- und Zugangskontrollen an den Unis massiv erhöhen und systematisieren. Der Verwaltungsaufwand kostet nicht nur zusätzliches Geld, sondern wird die Uni auch endgültig vom öffentlichen in einen privaten Ort verwandeln. Der Studierenden ausweis oder die Chipkarte mit dem Studienkonto wird zum Privileg. Wer das nicht hat, bleibt außen vor. Und auch der Datenschutz bleibt draußen, denn ohne detaillierte Aufstellung der besuchten Veranstaltungen läßt sich ein Studienkonto nicht verwalten. Die Studierenden haben keine Wahl, sie müssen diese Datensammlung zulassen, um weiter zu studieren.

Der Bildungsmarkt

Auch wenn die unmittelbaren Auswirkungen bitter genug sind – viel einschneidender sind die langfristigen Änderungen, die sich aus dem Kontenmodell und seinen ökonomischen Prämissen ergeben. Setzt sich das Modell nämlich durch, dann verabschieden wir uns von

einem staatlich garantierten und verwalteten Bildungssystem. Die Entwicklung führt zum Bildungsmarkt, auf dem das Studium und letztlich auch die Studierenden selbst den Charakter einer Ware annehmen.

Die Bildungsgutscheine funktionieren als Zahlungsmittel auf diesem »Neuen Markt«, Universitäten sind die Anbieter und Studierende die Kunden. Durch das Nachfrageprinzip sollen die Hochschulen um ihre studentischen Kunden konkurrieren und in diesem Wettbewerb zu einer Verbesserung ihrer Leistungen gezwungen werden. Dies wird dadurch gesichert, daß Hochschulen die staatlichen Gelder entsprechend der Anzahl der eingelösten Bildungsgutscheine erhalten.

So soll eine allgemeine Qualitätssteigerung erreicht werden. Da jedoch die staatlichen Ausgaben für Bildung in Zukunft eher sinken als steigen werden, handelt es sich um ein Nullsummenspiel. Was die eine Hochschule bekommt, verlieren die anderen. Eine Ausdifferenzierung der deutschen Hochschullandschaft in Institutionen erster und zweiter Klasse wäre die Folge. Denkt man die Marktlogik weiter, ist ab diesem Zeitpunkt ein weiteres Kriterium zur Auswahl der Studierenden nötig, die eine Bildung erster Klasse erhalten sollen. Ohne Zugangsbeschränkungen könnten nämlich die begehrteren Hochschulen ihre Qualität nicht aufrecht erhalten, sie wären hoffnungslos überfüllt. Denkbar wären eine weitere Verschärfung des Numerus Clausus oder gesonderte Auswahltests. Die logischere Variante ist allerdings eine Preiserhöhung für die »besseren« Leistungen der neuen Elitehochschulen. Der Zugang zur Bildung wäre also alles andere als sozialverträglich geregelt. Im Gegenteil, die Marktlogik führt auch hier zur Ausdifferenzierung des Bildungsangebotes in Luxus für wenige und Billiges für die breite Masse. Innerhalb der einzelnen Hochschulen erfolgt übrigens bereits durch die Bachelor/Master Schranke eine solche Differenzierung in praxisorientierte Bachelor-Studiengänge und die Masterprogramme für die vermeintlich begabtere Elite.

Das öffentliche Gut Bildung würde somit durch die künstliche Verknappung per Studienkonto in eine Ware verwandelt. Und Warenförmigkeit bedeutet auch stets, daß sich einige mehr als andere leisten können. Insbesondere die Tatsache, daß leere Studienkonten durch Zahlung einer Gebühr wieder »aufgeladen« werden sollen, illustriert die soziale Ungerechtigkeit der neuen Ausschlußmechanismen. Nur begüterte StudentIn-

nen können sich die 500 Euro für jedes »zusätzliche« Semester leisten.

Soziale Unsicherheit

Neben dem Mangel an Verteilungsgerechtigkeit bringt der Bildungsmarkt jedoch weitere unerfreuliche Randerscheinungen mit sich. Durch die zunehmende Konkurrenz untereinander müssen die Hochschulen in ihrer Personalpolitik flexibler werden. Schnelle Einstellungen und Entlassungen sind nötig, um das Angebot der Nachfrage anzupassen. Dieses Prinzip von »Hire and Fire« bedeutet für das wissenschaftliche und sonstige Personal der Hochschulen eine weitere Zunahme von prekären Arbeitsverhältnissen. Tarifvertraglich und langfristig gesicherte Arbeitsplätze würden Werkverträgen, Projektarbeiten und Kurzzeitjobs weichen.

Hochschule ohne Demokratie

Auch die demokratischen Rechte, die sich Studierende und Mitarbeiter bisher erkämpfen konnten, würden in einer marktorientierten Hochschule eher als Hemmschuh empfunden. Mit den Tarifverträgen würden auch die Personalräte überflüssig, ebenso die Frauenbeauftragte, die verfasste Studierendenschaft und die marginalen Mitbestimmungsrechte in den akademischen Gremien. Sicher werden diese Errungenschaften nicht von heute auf morgen abgeschafft, aber grundsätzlich widersprechen sie der Idee vom »Unternehmen Universität«. In Berlin läuft seit 1997 mit der sogenannten Erprobungsklausel bereits ein Modellversuch in diese Richtung. Die Klausel erlaubt es den Hochschulen, einzelne Teile des Berliner Hochschulgesetzes »zur Probe« außer Kraft zu setzen und eigene Leitungsmodelle zu entwickeln. Dies führte etwa an der FU zu einer enormen Stärkung des Präsidiums und zur faktischen Entmachtung anderer Gremien wie des Akademischen Senats.

Qualitätsverlust bei der Lehre?

Aber auch das Versprechen von der Qualitätssteigerung durch Wettbewerb werden die neuen Steuerungsmodelle kaum einlösen können. Denn Qualität wird hier blind mit Nachfrage gleichgesetzt – Eine Hochschule, bei der viele ihre Bildungsgutscheine einlösen, bietet Qualität und soll staatlich besonders gefördert werden. Es gibt jedoch ganz andere Wege, um an die be-

gehrten Gutscheine zu kommen. Das einfachste Mittel wäre eine gute Werbekampagne, mit der eine Uni der anderen die Kunden abwirbt. Private Bildungsanbieter verfahren ähnlich, wie sollen die Kunden sonst über das besondere Angebot informiert werden. Somit würden Steuergelder nicht in die Lehre, sondern in die Selbstdarstellung investiert.

Aber nicht nur die Werbeagenturen würden subventioniert, sondern auch private Bildungsanbieter: wenn übriggebliebene Gutscheine nämlich wie vorgesehen nach dem Studium zur Fortbildung bei solchen Unternehmen eingelöst werden können. So würden weitere staatliche Mittel aus dem ohnehin unterfinanzierten Bildungssystem abgezogen.

Auch besondere Förderung der nachgefragten Hochschulen führt nicht unbedingt zur besseren Lehre. Sie würde eher das Interesse erhöhen, die Studierenden möglichst lange im Studium zu halten, um ihre Konten zu leeren. Mit hohen Durchfallquoten ließe sich das leicht bewerkstelligen. Der Steuerungseffekt hin zu kürzeren Studiendauern wäre dahin. Da liegt eher der Gedanke nahe, die Hochschulen mit kurzer Studiendauer im Rahmen einer leistungsbezogenen Mittelvergabe, wie sie vielerorts schon Praxis ist, besonders zu prämiieren. Dann würde es sich auszahlen, die Inhalte zu reduzieren und die Studierenden im Schnelldurchlauf zum Abschluß zu treiben.

So oder so: das derzeitige Desinteresse an der Lehre durch ein ökonomisches Interesse zu ersetzen, wird die Lehre eher verschlechtern als verbessern.

Auch die Fächervielfalt wird sich mit der ökonomischen Steuerung wohl weiter reduzieren. Exotenfächer wie Ägyptologie etwa verursachen höhere Kosten als gut besuchte Studiengänge – auch bei der Produktion von Abschlüssen ist eben Massenproduktion billiger als Maßarbeit. Die Spezialisierung der Hochschulen führt so zur Vernichtung gewachsener Fächervielfalt. Und auch die teure Grundlagenforschung in den Naturwissenschaften wird wohl noch stärker aus der Universität ausgelagert werden – und somit für Studierende unzugänglich sein.

Fazit

Das Studienkontenmodell ist keine x-beliebige Sparmaßnahme und auch nicht die sozial verträgliche Alternative zu Studiengebühren. Es sorgt vielmehr für

eine künstliche Verknappung von Bildung und verwandelt ein staatlich garantiertes Recht schrittweise in eine Handelsware. Flierls integrierte Langzeitstudiengebühren bestrafen die vermeintlichen »Bummelstudenten« als Sündenbock, anstatt die Krise der Unis ernsthaft durch Verbesserung von Beratung und Lehre zu lösen – populistische Politik auf BZ-Niveau.

Außerdem begünstigen die ökonomistischen Steuerungsmechanismen Elitenbildung und beschränken das Studium für den Großteil der Studierenden auf eine unzureichende »Grundversorgung«. Dabei ist es letztlich egal, ob das Konto zunächst der 1,5 fachen oder der doppelten Regelstudienzeit entspricht. Der Anfangsbetrag des Kontos kann später durch den Gesetzgeber problemlos auch auf die einfache oder halbe Regelstudienzeit gesenkt werden. Angesichts leerer Kassen ist das ein wahrscheinliches Szenario. Die Intensivierung der

Kontrolle, die fehlende Demokratie des Bildungsmarktes, die Entstehung einer zwei-Klassen-Bildung etc. – all diese Effekte können nur die grundsätzliche Ablehnung solcher Modelle zur Folge haben.

Es gilt, dem herrschenden Verständnis von Bildung als Ware eigene Vorstellungen von Bildungsgerechtigkeit entgegenzusetzen und offensiv zu vertreten.

Literatur:

Klemens Himpele (2002): »Modernes Bildungsprivileg«, in: Studienheft Bildungsfinanzierung, hrsg. vom Bund demokratischer Wissenschaftler (BdWi).

Klemens Himpele (2002): »Leistung lohnt sich wieder«, in: Zeitung gegen Studiengebühren Ausgabe Winter 2002/03, hrsg. vom Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS).

Zum Thema Chipkarten gibt es einen Reader der Landesastenkongferenz Berlin, er erscheint voraussichtlich im SoSe 2003. Alles im AstA erhältlich bzw. einsehbar.

VON **BOLOGNA**
NACH **BERLIN**

VON RALF HOFFFROGGE

EIN GIPFEL VOR DER HAUSTÜR



Am 18.–19. September 2003 findet in Berlin eine Konferenz aller europäischen BildungsministerInnen statt, an der auch Nicht-EU Staaten teilnehmen. Ziel ist die Sichtung der bisherigen Schritte hin zum angestrebten »einheitlichen europäischen Hochschulraum«. Dieser Einigungsprozess, so die Befürchtungen von Globalisierungskritischen Gruppen verschiedenster Couleur, dient weniger einem europäischen Bildungsideal denn der Vorbereitung eines europäischen Bildungsmarktes.

Bereits 1999 einigten sich 29 europäische Staaten im italienischen Bologna auf ein gemeinsames Projekt großer Tragweite, nämlich die Erschaffung eines gemeinsamen Europäischen Hochschulraumes. Vordergründig soll dieser Angleichungsprozess den wissenschaftlichen Austausch verbessern und somit ein »Europa des Wissens« als »unerlässliche Voraussetzung für gesellschaft-

liche und menschliche Entwicklung« schaffen. Wenige Sätze später wird jedoch Klartext geredet: vor allem geht es um die »Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Europäischen Hochschulsystems«. Außerdem will man »die arbeitsmarktrelevanten Qualifikationen der europäischen Bürger (...) fördern«.

Konkrete Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele sind die europaweite Einführung zweistufiger Studiengänge (Bachelor/Master) sowie die Einführung des ECTS-Leistungspunkte-Systems zur Vergleichbarkeit verschiedenartiger Lehrveranstaltungen. Grundsätzlich sollen diese Homogenisierungsmaßnahmen in Achtung nationaler und kultureller Eigenheiten sowie der Autonomie der Universitäten erfolgen. Praktisch jedoch erfolgt eine Homogenisierung von oben, die einzelnen Instituten und Universitäten keine Wahl lässt. Auch an der FU ist zu beobachten, wie vielfach gegen den Willen

der betroffenen Dozenten und Studierenden Magister und Diplomstudiengänge durch BA-MA ersetzt werden. Eine kritische Evaluation, ob diese Studiengänge wirklich auf dem Arbeitsmarkt nachgefragt werden, erfolgt nicht. Kritik an dieser zwangsweisen europaweiten Nivellierung, die eine Fortentwicklung der Bildungsstandards eher hemme als fördere, wird in der Regel beiseite gewischt.

Doch was steckt hinter dieser erzwungenen Angleichung? Vorbild sind Staaten wie die USA oder Australien, die bereits über einen ausgedehnten Hochschulraum mit BA/MA Abschlüssen verfügen. In beiden Staaten werden jedoch für diese Abschlüsse Studiengebühren verlangt, und zwar kostendeckend. So zahlen ausländische Studierende für eine Universitätsausbildung mehrere 10.000 Euro. Das rentiert sich. Heute macht der Bildungsexport bereits 11,8 Prozent der gesamten australischen Dienstleistungsexporte aus. Die USA als stärkste Wirtschaftsnation führen jedoch mit rund 10 Milliarden US\$ Exportvolumen die Rangliste an, gefolgt von Großbritannien mit fast vier Milliarden, Australien folgt mit rund zwei Milliarden.

Mit der Nivellierung der Vielfalt europäischer Bildungssysteme wird also auch Europa wettbewerbsfähig gemacht, um an diesem globalen Bildungsmarkt teilhaben zu können. Doch die in der Bologna Erklärung angestrebte Wettbewerbsfähigkeit sagt nichts über die Qualität der Bildung oder ihre gerechte Verteilung aus. Angesichts der immer wieder aufflammenden Studiengebührendebatten in Deutschland und der Lobbyarbeit einschlägiger Akteure wie des zum Bertelsmann-Konzern gehörigen Centrums für Hochschulentwicklung

(CHE) ist klar, dass nicht nur ausländische Studierende ihrer Universität als zahlende Kunden gegenüber treten sollen, sondern alle. Die derzeit bei uns diskutierten Studiengebühren von 500 Euro im Jahr sind da nur der Anfang. Sie sollen Akzeptanz für die marktförmige Verteilung schaffen. Aber auf jedem Markt muss der Preis einer Ware kostendeckend sein, die Studiengebühren werden schon einige Jahre nach Einführung um ein Vielfaches steigen, wie das Beispiel Großbritannien zeigt.

Der Bologna-Prozess ist also keineswegs eine reine Blüte des europäischen Humanismus, sondern sie schafft durch die Vereinheitlichung der Bildungssysteme alle Voraussetzungen für einen europäischen Bildungsmarkt. Wieso sonst sollten die Europäischen Hochschulsysteme »wettbewerbsfähig« gemacht werden. Positive Nebeneffekte wie die bessere Anerkennung von Auslandssemestern und ein erleichterter wissenschaftlicher Austausch täuschen leicht über die Intention der marktförmigen Verteilung von Bildung hinweg, die letztendlich viele von Bildung ausschließen wird.

Um diese Zusammenhänge zu diskutieren, rufen Aktivisten aus dem globalisierungskritischen Spektrum zu einer Alternativveranstaltung am 18. und 19. September auf, dem »European Education Forum«. Dieses Forum und andere Aktivitäten werden von Gruppen aus ganz Europa organisiert; es soll einen Raum für Diskussionen und Kritik an der herrschenden Bildungspolitik bieten. Das genaue Programm wird noch bekanntgegeben, Informationen sind erhältlich unter www.astafu.de und www.eef2003.org.

I M P R E S S U M

Das **ASTA** info wird herausgegeben vom *astafu*, Otto-von-Simson-Str.23, 14195 Berlin. Per Telefon erreichbar unter 839 091-0, per Mail unter info@astafu.de. Faxen an: 831 45 36. Namentlich gekennzeichnete Artikel spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Aktuelle Infos gibt es jeweils unter:

www.astafu.de

Auflage: 3.000

Druck: AStA-Druck

Redaktion: Bert Buchholz, Ralf Hoffrogge, Manfred Suchan

Optik & Fotos: Bert Buchholz

» **D**er auffälligste Unterschied zwischen deutschem und angelsächsischem Journalismus ist der Umgang mit der Vergangenheit« stellt Mathew D. Rose fest, Autor des im Februar diesen Jahres erschienenen Buches über die Berliner Bankgesellschaft. Der Journalismus in Deutschland sei vielmehr ein Sonderfall: »Die Akteure in Medienberichten scheinen oft überhaupt keine Vergangenheit zu haben.« (Seite 54). Ganz im Unterschied zum angelsächsischen Journalismus würden diese geradezu jungfräulich als unbeschriebenes Blatt präsentiert.

Dies sei kein Zufall, merkt Rose an, denn »im postfaschistischen Deutschland hatte diese Praxis sicher-

In Politik, Justiz und Medien gibt es offensichtlich einen Konsens, keine schlafenden Hunde zu wecken. Dieser Konsens sei nie aufgekündigt worden, stellt Mathew D. Rose fest, weil die Folgegenerationen die Vorteile dieser kalkulierten Geschichtslosigkeit erkannt haben.« Dieses Kalkül komme einer kleinen Minderheit zugute, sei aber für die Mehrheit, die Gesellschaft und die Demokratie von Nachteil. Wie Rose in dem vorliegenden Buch dezidiert nachweist, ist diese Gewohnheit dem Steuerzahler im Falle der Berliner Bankgesellschaft teuer zu stehen gekommen.

Der Autor Mathew D. Rose ist 1954 in den USA geboren und arbeitet als Journalist u.a. für den Spie-

»ZURÜCKBLEIBEN WIRD EIN KULTURLOSES ARMENHAUS«

Der Berliner Bankenskandal wirft Licht auf den Zusammenhang von Haushaltskrise und Studiengebühren

EINE REZENSION VON MANFRED SUCHAN

lich ihren Sinn und Zweck. Fragen zur Vergangenheit eines prominenten Menschen konnten zu unerfreulichen Feststellungen führen: hier eine steile Karriere in der NSDAP, dort ein paar Kriegsverbrechen oder eine Arztpraxis in einem Konzentrationslager und ähnliche Dinge, wovon sich die Nachkriegsdeutschen, zumindest nach außen, moralisch distanziert hatten und nicht mehr daran erinnert werden wollten.« Einige Journalisten, die immer wieder fündig wurden, galten als Nestbeschmutzer und blieben folglich die Ausnahme.

gel, Manager Magazin, Handelsblatt, verschiedene Tageszeitungen sowie die ARD-Magazine Kontraste und Monitor. Sein im Februar diesen Jahres erschienene Buch: »Eine ehrenwerte Gesellschaft – Die Bankgesellschaft Berlin« ist ein couragiertes und zugleich sachliches Buch über Größenwahn, Verfälschung von Geld und Politik, gigantische Inkompetenz und kriminelle Energie. Es ist das Buch zum größten Bankenskandal in der Geschichte der Bundesrepublik: Man kennt die Folgen, doch die Ursachen blieben bislang hinter einer Nebel-



Mathew D. Rose: Eine ehrenwerte Gesellschaft – Die Bankgesellschaft Berlin. Berlin, 2003, Transit Buchverlag
232 Seiten, 16,80 Euro

In 13 Kapiteln arbeitet Rose chronologisch die Geschichte der Bankgesellschaft Berlin auf, in einer Mischung aus Journalismus, Chronik und subjektiver Wahrnehmung. Roses in mehrjähriger Recherchearbeit entstandene Buch ist ein Musterbeispiel für investigativen Journalismus. Kein Wunder, daß einige der von Rose beschriebenen Akteure gegen die Veröffentlichung des Buches geklagt haben. Doch lediglich auf sechs Seiten mußte der Transit-Buchverlag in der seit Juni vorliegenden dritten Auflage geringfügig Textpassagen schwärzen. Ein Streit vor Gericht verstärkt erfahrungsgemäß die öffentliche Aufmerksamkeit für den Gegenstand.

Was ist nun das besondere an der Berliner Bankgesellschaft,

was macht ihre zentrale Bedeutung im politischen und wirtschaftlichen Geschehen Berlins aus? Die Bankgesellschaft Berlin entstand am 1. Januar 1994 durch die Fusion von drei Banken: der Berliner Bank AG, der Landesbank Berlin und der Berliner Hypotheken- und Pfandbriefbank AG. Hiermit entstand auf einen Schlag das sechstgrößte Kreditinstitut der Bundesrepublik. Jedoch sei die Bankgesellschaft Berlin schon bei ihrer Gründung eine Fehlkonstruktion gewesen, so Rose, doch eine mit System: »Das Geldinstitut war ein Instrument, mit dem Berlins Beutegemeinschaft zur Großwildjagd aufbrechen wollte.« (S. 230). Dezidiert erklärt Rose die zahlreichen Funktionen, die die Bank hierbei zu erfüllen hatte.

In Berlin habe sich nach der Wiedervereinigung eine grundlegend geänderte Situation ergeben, so Rose, es »herrscht die West-Berliner Oligarchie plötzlich über die ganze Stadt. Jahrzehntlang haben sie über beinahe unbegrenzte finanzielle Ressourcen aus der Bundesrepublik verfügt.« Doch der Wegfall der großzügigen Bundessubventionen für Berlin war für 1995 beschlos-

wand verborgen. Die Recherchen von Mathew D. Rose kommen nun zu dem Ergebnis: Eine ganze Stadt wird ausgeplündert. Die Einwohner Berlins werden für Milliardenverluste zur Kasse gebeten.

Seit den Enthüllungen um die Berliner Bauskandale Mitte der 80er Jahre (Vgl. Michael Sontheimer, Jochen Vorfelder 1987: *Antes & Co. – Geschichten aus dem Berliner Sumpf*. Berlin) ist dies das erste Buch, daß die Hintergründe des politischen und wirtschaftlichen Geschehens in Berlin systematisch ausleuchtet. Zahlreiche Menschen haben mit ihrem Insiderwissen dazu beigetragen, daß dieses Buch zustande kommen konnte. Mit ihrem Mut und Engagement haben sie zur Aufklärung des Falls beigetragen. Dieses Ausmaß an Unterstützung hat sich der Autor zu Beginn seiner Arbeit an dem Buch nicht vorstellen können und sieht durchaus Hoffnung in der Krise: »Solange es solche Menschen in Deutschland gibt, hat dieses Land noch eine Zukunft.« (S. 11).

sen worden. Dies hatte weitreichende Folgen: »Die Politiker der Großen Koalition benötigten nun Milliarden, um ihr System von Klientelwirtschaft zu erhalten. (...) Die schlichte Konsequenz: Die Stadt wird ausgeplündert. (...) Ein Schattenhaushalt wird geschaffen, in dem Milliarden Schulden sich unsichtbar machen und sogar vermehren können.« Aufgrund der Bürgerschaft des Landes Berlin für die Bankgesellschaft wußten alle Beteiligten: »Auch wenn alles im Desaster endet, es würde keine persönlichen Konsequenzen geben.« (S. 129). Zudem begehen die hiesigen Staatsanwälte nicht die Fehler ihrer italienischen Kollegen: In Italien wurden mittlerweile 54 Staatsanwälte von der Mafia erschossen.

Der Zusammenbruch der Berliner Bankgesellschaft resultierte daher weniger aus unternehmerischen Risiken oder dem entschlossenen Eingreifen der Staatsanwaltschaft, sondern aus »kollektiver Verantwortungslosigkeit«. Die Bankgesellschaft ist kein Einzelfall, stellt Rose fest, sondern »sie ist nur vielen anderen Banken fünf Jahre voraus.« (S. 230). Rose läßt keinen Zweifel, daß die Auswirkungen für das Land Berlin »verheerende Auswirkungen« haben werden. Es gehe um »Hunderttausende von Existenzen«. Nicht allein um Arbeitsplätze, sondern »um die Lebensqualität der Stadt. Man wird es in der Bildung, im Sozialbereich, in der Kultur, beim öffentlichen Verkehr und bis in jeden Winkel des alltäglichen Lebens spüren. Diese Metropole befindet sich im wirtschaftlichen freien Fall mit allen dazugehörenden Konsequenzen. (...) Zurückbleiben wird ein kulturloses Armenhaus.« (S. 231).

Die Konsequenzen der Krise sind schon schmerzlich zu spüren. »Die Schließung von sozialen oder kulturellen Einrichtungen, der Verfall von Schulen (nicht nur der Gebäude, sondern auch der Unterrichtsqualität), der Abbau von Arbeitsplätzen, hohe Gebühren für Schwimmbäder und vieles mehr. Doch das alles sind erst Vorboten eines absehbaren, weitaus radikaleren Kahlschlags« (S. 14) sagt Rose voraus. Ursache dieses Niedergangs der Stadt und treibende Kraft dahinter sei die »Berliner Oligarchie«. »Diese ‚ehrenwerte Gesellschaft‘ betrachtet sich selber ganz selbstverständlich als die Elite der Stadt, ihre Kritiker bezeichnen sie ebenso selbstverständlich als ‚Berliner Filz‘.« (S. 14). Die Berliner Oligarchie stamme hauptsächlich aus dem Westteil der Stadt und hebe sich vom Rest der Gesellschaft nicht

nur durch »rapide Einkommenssteigerung« ab, sondern vor allem durch »Negierung jeglicher gesellschaftlicher Verantwortung«. Diese »ehrenwerte Gesellschaft« behauptet, »jahrzehntelang Berlin als Bastion der Freiheit gegen den Kommunismus verteidigt zu haben.« (S. 14).

»Nach ihrer aufopfernden Tätigkeit hat Berlins ‚ehrenwerte Gesellschaft‘ eine ausgeplünderte Stadt hinterlassen: eine Stadt mit einer substanzlosen Wirtschaft, mit einer Infrastruktur, die sie sich nicht leisten, und mit einem Schuldenberg, den sie aus eigener Kraft nicht überwinden kann.« (S. 16). Roses Buch macht am Berliner Beispiel deutlich, daß Globalisierung kein anonymer und schicksalhafter, quasi naturwüchsiger Prozeß ist, sondern an konkreten Orten stattfindet und von konkreten Akteuren vorangetrieben wird, wobei die Gesellschaft in wenige Gewinner und viele Verlierer gespalten wird. Rose schließt sein Buch daher mit einer eher düsteren Prognose: »Am Schluß wird die Hauptstadt die gleichen Kennzeichen wie die anderen Städte der neuen Bundesländer haben: Bevölkerungsabwanderung, Überalterung und ein Verkommen der Stadt. In Berlin wird man keine Zukunft finden, nur Schulden.« (S. 231).

Doch dies sei kein Einzelfall: »Überall in Deutschland findet man Verkrustung (...). Die einzigen, die Interesse daran haben, diese zum sicheren Niedergang verurteilten Strukturen aufrechtzuerhalten, sind die Profiteure – und sie werden immer gieriger.« (S. 231). Mathew D. Rose liefert mit seinem Buch ein Musterbeispiel und Lehrstück für »die Transformation der Demokratie« (Agnoli). In diesem Zustand ist Öffentlichkeit die Grundbedingung für die Überwindung der Krise: »Der Niedergang der Bankgesellschaft ist für die Bundesrepublik eine Offenbarung. Deswegen hat die deutsche Macht- und Geldelite so viel Interesse daran, daß der Niedergang dieses Geldinstituts niemals aufgeklärt wird.« (S. 232). Zu dieser Aufklärung leistet Rose mit seinem Buch einen gewichtigen Beitrag.

Dieses Buch ist das richtige Buch zur richtigen Zeit. In Zeiten, wo gekürzt wird, bis daß es quietscht, sich die Berliner Oligarchie immer ungehemmter bei den Schwächsten bedient, kann nun niemand mehr behaupten, dies sei naturgegeben oder lediglich eine zwangsläufige Erscheinung kapitalistischer Gesetzmäßigkeiten. Daher verweist das Buch mit Nachdruck auf den Hochschul- und Bildungsbereich, wo der Berliner Senat in unverhohlenem Zynismus Studiengebühren ins-

besondere bei den Studierenden erheben will, die aufgrund unzureichender Studienfinanzierung genötigt sind, länger zu studieren, als finanziell besser gestellte KommilitonInnen.

Dies ist kein Widerspruch, sondern hat System. Die geplanten Studiengebühren sollen unmittelbar in das Berliner Haushaltsloch fließen, dessen Entstehung in Roses Buch so brillant hergeleitet wird. Es wird verständlich, warum der Wissenschaftssenator Studiengebühren fordern muß, gar nicht anders kann, zumal seine Partei für die Risikoübernahme des Landes Berlin für die marode Bankgesellschaft stimmte und damit ihre eigene Position aus Gründen der Machterhaltung verriet. (S. 203). Es sei denn, der Wissenschaftssenator findet noch den Mut und folgt dem konsequenten Schritt von Wirtschaftssenator Gregor Gysi im vergangenen Jahr. Ein Beitrag zur Lösung der Krise wäre ein solcher Schritt allerdings kaum.

Doch bei Studiengebühren alleine soll es nicht bleiben. Nachdem es nun mit der Berliner Bankgesellschaft nicht mehr klappt, sollen jetzt die Universitäten zur Geldfördermaschine für die Berliner Oligarchie ausgebaut werden. Die gesamte Universitätslandschaft wird nach betriebswirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Kalkulationen sowie Effizienz- und Leistungskriterien umgestaltet. Studierende sollen in Zukunft »Kunden« an der Universität als Bildungsvertriebsunternehmen sein. In der zukünftigen Lernfabrik werden Studierende so zu einem Werkstück, dem dosiert in »Modulen« genormtes Wissen ohne Bildung appliziert wird.

Der Zugang zur Universität wird zukünftig nur entsprechend der individuellen Zahlungsfähigkeit geduldet und über Chipkarten als elektronischer Zugangskontrolle geregelt. Von einem Bürgerrecht wird Bildung zu einem künstlich verknappten Gut herabgestuft. Trotz des inflationären Gebrauchs des Begriffs »Reform« im Rahmen der gegenwärtigen Umstrukturierungen haben diese mit dem traditionellen Hochschulreformanspruch der Berliner Universitäten überhaupt nichts zu tun, sondern dienen der Umverteilung von unten nach oben, der Bereicherung Weniger und letztlich der verantwortungslosen Perpetuierung der Berliner Mißstände über die Pleite der Berliner Bankgesellschaft hinaus. Die letzten Reste verbliebener Reformbestände werden bedenkenlos beseitigt, wie z.B. die Projektstudien im vergangenen Jahr.

Was noch aussteht und von Rose unbeleuchtet blieb, ist die Ausleuchtung der Freien Universität Berlin, dem Ort, an dem ein großer Teil der von Rose beschriebenen Akteure das politische Handwerk erlernten – die meisten von ihnen an der juristischen Fakultät: Angefangen mit Klaus-Rüdiger Landowsky als Bankchef und inoffiziell Stadtregenten, der, wie Rose ausführt, »an allen wesentlichen öffentlichen Geldquellen der Stadt« saß und an dem niemand vorbei kam, »wer etwas davon haben will« (S.23), und Eberhard Diepgen, gescheiterter FU-AStA-Vorsitzender, aber dafür der »am längsten amtierende Bürgermeister der Stadt«.

Auch an der Freien Universität trifft Roses Diagnose zu: Auch hier scheinen die Akteure »oft überhaupt keine Vergangenheit zu haben«. Wie eingangs dargestellt, beschreibt Rose diese »kalkulierte Geschichtslosigkeit« als Deutschen Sonderweg im Umgang mit personeller Vergangenheit. Daher darf nicht unberücksichtigt bleiben, daß die etablierten Seilschaften an der Freien Universität aufs engste mit dem politischen Filz Berlins verflochten sind. Das Buch: »FU-Berlin – Ein pechschwarzes Gebilde« (Erhältlich im Projekt Archiv, Lychener Str. 60, 10437 Berlin, projektarchiv@web.de) zeigt dies anschaulich auf. Kein Wunder ist es daher, daß die Verhältnisse an der Freien Universität Berlin ein getreues Spiegelbild der Berliner Verhältnisse darstellen.

Das Buch »Eine ehrenwerte Gesellschaft – Die Bankgesellschaft Berlin« ist ein Muß für die kommenden Auseinandersetzungen der nächsten Semester an der Uni und in der Stadt. Denn eins wird durch die Lektüre von Roses Buch deutlich: Auf die Parteien und etablierten Organisationen können wir uns nicht verlassen. Über ein System der Klientelwirtschaft sind sie aufs engste mit dem Berliner Sumpf verfilzt. Nur ein breites gesellschaftliches Bündnis, die Selbstorganisation der Betroffenen und ihre Bereitschaft auf Selbstbefreiung vermag einen Ausweg aus der Berliner Krise finden. Daß sie Erfolg haben können, zeigt ein Blick z.B. auf die Jahre 1988/89. Zum 29.1.1989 gelang es einer breiten Protestbewegung, die Abwahl des Diepgensenats zu erwirken, bis diesem im Zuge der Vereinigungspolitik ein unverdienter Comeback gelang – mit all den weitreichenden Folgen, deren Hintergründe Mathew D. Rose in seinem vorliegenden Buch umfassend beschreibt.

Her mit dem schönen Leben



DIE AKTUELLE ANALYSE DES SOZIALREFERATS DES ASTA FU

■ *DIE GEGEN STUDIENGEBÜHREN und die Sparpolitik des Berliner Senats protestierenden StudentInnen sollten versuchen, die Beschneidungen ihrer materiellen Lebensverhältnisse in einen gesellschaftskritischen Kontext zu stellen. Bildung und Wissenschaft stehen nicht außerhalb des nationalen Verwertungsprozesses, sondern sind Teil einer Gesamtzurichtung, die alle Individuen gleichermaßen betrifft.*

Endlich klappt mal mehr als die Tür im Berliner Senat. Seit der Abgeordnetenhauswahl 2001 und der Konstitution des SPD/PDS-Senats entwickelten sich zwar immer wieder unterschwellige bis offene Debatten um die künftige effiziente Finanzierung der Berliner Hochschulen. Wirklich konsequentes Handeln gab es aber lediglich bei der Abwicklung des Medizinfachbereichs an der FU. Ansonsten erklang hier wie dort mal ein Tönchen z.B. zu Studierengebühren,

aber der Chor hatte im Allgemeinen Stimm Schwierigkeiten. Man war ja auch in einer Zwickmühle: Einerseits gibt's wenig zu verteilen für alle öffentlichen Projekte in Berlin und die Unis sind ziemlich teuer, andererseits sind die wissenschaftlichen Einrichtungen nicht zu verachtende Standortfaktoren. Doch wie gesagt, jetzt hat es endlich geklappt und Finanzsenator Sarrazin hat es entschieden und verkündet: Ab 2006 sollen die Hochschulverträge zwischen dem Land und den Universitäten um mehrere 100 Millionen Euro gekürzt werden.

Der Aufstand eines deutschen Triumvirats

Genau kann das Sozialreferat nicht sagen, ob die sarrazinsche Ansage eine abgesprochene Kiste war oder nicht. Was nun jedenfalls folgte, erschien wie eine Inszenierung. Doch keine Zeit für langweilige Verschwörungstheorien.

Zunächst zeigten sich die Präsidenten der drei größten Universitäten empört. Trotzig drohten sie auch gleich damit, im Falle einer solch radikalen Kürzung der Gelder nahezu keine Studierenden mehr zuzulassen. Inszeniert wirkte dieses Theaterspiel deshalb, weil dieses Triumvirat nun endlich all das aussprach, was sowieso schon in Regierungs- und auch Oppositionskreisen immer wieder als Lösungsvorschlag für die Finanzierung der Berliner Hochschullandschaft kursiert. Die Präsidenten hatten jedenfalls die Alternativvorschläge längst im Koffer. Dort lagen sie schon lange, denn die Präsidenten propagierten ihre Vorschläge bereits lange vor der jetzigen Debatte. Ein Auswahlrecht der Universitäten hinsichtlich ihrer Studierenden sowie Studiengebühren sind ihre Rezepte zur Finanzierung der Hochschulen. Ersteres soll dazu dienen, die Studierendenzahlen zu senken (wie Studiengebühren auch) bzw. im Wettbewerb vorne zu liegen, und letzteres dazu, fehlende Gelder auszugleichen.

Man sieht den konstruktiven Untertanengeist, der einem immer wieder in Deutschland begegnet. Statt zu sagen: »Schnauze voll, ich mach nicht mehr mit«, dient man sich den Regierenden auch noch an und zerbricht sich doch glatt deren Kopf. Der Zweck der Veranstaltung, also die Notwendigkeit, die Hochschulfinan-

zierung anders zu gestalten, wird längst affirmiert. Nur im Verfahren ist man sich noch nicht ganz einig.

Von solchen Menschen wie Gaehtgens (FU) oder Mlynek (HU) erwarten wir auch nicht mehr. Sie haben die gesellschaftlichen Gegebenheiten längst hingenommen und machen besinnungslos mit.¹ Gestalten – konstruktive Kritik – Sachzwang. Das sind die Vokabeln und »Argumente«, die zwar nichts klären, mit denen man aber gesellschaftliche Anerkennung einzufahren versucht, was schon einiges über den Zustand dieser Gesellschaft aussagt. Zur Klärung soll aber dieser Text beitragen.

Lernen und Wissen für den Standort ...

Wenn nun Studierende sich über die nahende Beschneidung ihrer materiellen Lebensverhältnisse empören, ist das dem Sozialreferat zunächst nicht unsympathisch. Man hört wütende Worte: »Bildung ist keine Ware!« oder »Wir sind kein Humankapital!«. Dem liegt jedoch ein von einem Fehlschluss geleiteter Bildungs- und Wissenschaftsbegriff zugrunde.

Zweck der ganzen Veranstaltung »Bildung/Wissenschaft/Forschung« ist nämlich nicht, das individuelle Bedürfnis zu befriedigen, sich Wissen anzueignen, sondern Deutschland nach vorn zu bringen. Dass es zumindest bei der Schule nicht um das Bildungsbedürfnis des Einzelnen geht, sieht man schon daran, dass hier Schulzwang besteht. Um den Anforderungen der arbeitsteiligen Verwertungsgesellschaft ansatzweise zu genügen, werden Grundkenntnisse vermittelt. Es geht dabei lediglich um die zukünftige Verwertung des Individuums zugunsten des Nationalstandortes, der um die beste Verwertung mit anderen Nationalstandorten konkurriert, was schon notwendig und ganz bewusst einschließt, dass andere hinten liegen, einen Nachteil haben sollen. Um die optimale Verwertung der sich entwickelnden Arbeitskraft zu gewährleisten, werden Leistungskriterien (Zensuren) entwickelt, die ihrerseits wiederum schon den Zweck einschließen, dass Menschen dem nicht gewachsen sind und ausselektiert werden müssen. ▶

1) Aber auch bei den Studis gibt es solche Gestalten. Die »Grüne Hochschulgruppe« an der FU z.B. hat vorgeschlagen, Präsident Gaehtgens zur Vollversammlung einzuladen, um mit ihm zu diskutieren. Wer sogar auf die Idee kommt, den eigenen Peinigern den roten Teppich aufzurollen, ist entweder Masochist oder etwas merkwürdig unterwegs. Die gleiche Gruppe will übrigens Sozialabbau im Allgemeinen nicht zentral innerhalb eines Protestes artikulieren. Kein Wunder, die Mutterpartei macht ja gerade in Sachen Agenda 2010 alle Schweinereien mit und eine »Krähe hackt der anderen kein Auge aus«!

Wer die Schulselektion besteht, vielleicht Hochschulreife erreicht, darf Deutschland vielleicht sogar als qualifizierte Arbeits- oder Unternehmenskraft dienen und studieren. Der Zweck der optimalen Verwertung ist geblieben. Dass hier kein Zwang besteht, sondern im Gegenteil Aufnahmebeschränkungen (Hochschulreife, NC) und damit wieder notwendig Selektion, hat seine Begründung in der Tatsache, dass qualifizierte Arbeitskraft für den derzeitigen Verwertungsprozess nicht in der gleichen Quantität zur Verfügung gestellt werden muss.

Die oben angeführten Zitate sind nun deshalb falsch, weil sie Bildung in Schule und Universität aus der Gesellschaft des Kapitals herausreißen. Arbeitskraft ist eine Ware, die an diesen Institutionen – staatlich subventioniert – für die Verwertung geschult und qualifiziert wird. Dass sich ein wohlhabender bürgerlicher Nationalstaat Bildung und Wissenschaft einiges kosten lässt und von der »realen« Ökonomie abtrennt, ist dem nicht abträglich. Im Gegenteil: Die Freiheit der Wissenschaft ist nahezu optimal für die Standortverwertung. Zunächst fern von jeglichen ökonomischen Einzelinteressen kann geforscht und »gewissenschaftet« werden, was das Zeug hält. Verwertbares Material bzw. die Urheber dessen bleiben uns dann erhalten: z.B. in Form einer physikalischen Erkenntnis, die es erlaubt, bessere Maschinengewehre herzustellen; einer neuen psychologischen Therapie, die den Depravierten der Gesellschaft hilft, ihr Elend besser anzuerkennen; einer neuen außenpolitischen Strategie, um Deutschland gegen die anderen Nationen in Stellung zu bringen oder einer neuen Novelle des Ausländergesetzes, welche es erlaubt, noch schneller abzuschieben. Nichtverwertbares Material bzw. deren Urheber landen im Papierkorb bzw. in der Sozialstatistik.

... ist Teil einer gesamtnationalen Zurichtung

Dass Organisation der Kapitalverwertung durch den Nationalstaat an Grenzen stößt, liegt den Verlaufsformen kapitalistischer Vergesellschaftung selbst zugrunde. Diese ist ja nicht vernünftig, d.h. an Bedürfnissen orientiert, eingerichtet, sondern nach den Maßstäben der Wertverwertung, wobei die konkurrierenden Individuen wie auch die Nationen den eigenen Vorteil zum Nachteil des anderen sichern. Dabei kommt es zu Krisen. Der Nationalstaat, der diese reale Unvernunft

setzt, organisiert und ausgestaltet, leidet wie seine Ökonomie unter solcherlei Krisen und muss dementsprechend reagieren, d.h. in der Konkurrenz bestehen oder nicht. Deutschland macht das gerade musterhaft vor und richtet seine verwertbare Manövriermasse den »neuen Anforderungen« gemäß zu.

Längere Lebensarbeitszeit, niedrigere Löhne, Abbau des Kündigungsschutzes, teilprivate Rente, private Krankenvorsorge, Arbeitslosenmobilmachung für Billigjobs; aber auch Studiengebühren, Zwangsexmatrikulation oder Bildungsnormierung durch BA/MA. Alle sollen mal den Gürtel enger schnallen und verschärfte Bedingungen in Kauf nehmen: Deutschland muss wieder vorne sein. Was – wie schon einmal erwähnt – notwendig bedeutet, dass jemand hinten liegt und beschissen dran ist. Aber wen interessiert das schon ...

Und nun?

Einen Verbesserungsvorschlag zu dem ganzen Schlamassel machen wir jedenfalls nicht, das können unsere studentischen Parteisolddaten (RCDS, JuSos, Liberale, Grüne) wesentlich besser. Wir wollen jedoch dazu beitragen, dass die gegen die derzeitige Debatte um Hochschulfinanzierung aufbegehrenden Studierenden den von ihnen angegriffenen Gegenstand nicht isoliert betrachten, sich also nur als Studis verstehen und ihr Stück vom gesellschaftlichen Kuchen sichern wollen. Genau dann wäre der Konkurrenzgedanke wieder unreflektiert übernommen, nämlich die Konkurrenz zu den Nicht-Studis.

Den Protest gegen die Hochschul-Einsparungen in einen gesamtgesellschaftlichen Kontext zu stellen, wäre also Aufgabe einer progressiven Kritik. Also nicht »Für den Erhalt von Bildung«, sondern »Bildung für alle und zwar umsonst!« oder »Her mit dem schönen Leben!«. Denn dies vermeidet den Konkurrenzgedanken und unterstreicht den Wunsch, nicht Subjekt von Standortinteressen zu sein. Nur eine Gesellschaft, die an den Bedürfnissen der Individuen orientiert ist, wird dies gewährleisten. Diesen Wunsch durchzusetzen, bedarf es jedoch mehr, als friedliche Latschdemos zu organisieren, die niemanden stören. Denn im konstruktiven Deutschland darf jeder mal seine Meinung sagen, solange daraus keine Konsequenzen erwachsen. Dies wäre aber dringend geboten! Wer das nach dieser Lektüre auch so sieht, dem wünschen wir viel Erfolg. Unsere Unterstützung dabei habt ihr sicher.

VON PEDRAM SHAHIN

IRAN AM SCHEIDEWEG

Die Studierendenbewegung als Hoffnungsträger der Selbstbefreiung

Hintergrund der neuen Protestbewegung

Schon kurz nach der Revolution von 1979 gelang es der islamistischen Konterrevolution, die gesamten sozialen und politischen Bewegungen im Iran zu liquidieren. Die explosionsartig gewachsene Linke, die Akteure aus den neuen Gewerkschaften und der Räte-Bewegung der selbstverwalteten Betriebe, so wie die neue Frauenbewegung waren Opfer einer der schlimmsten Repressionswellen dieser Dekade. Zehntausende wurden umgebracht und noch mehr verließen das Land.

Fast 20 Jahre später kam es am 9. Juli 1999 mit der neuen Student/inn/enbewegung zu der ersten Protestbewegung seit der Etablierung der islamischen Herrschaft. Diese Bewegung ist vor dem Hintergrund der massiven Entfremdung der Gesellschaft – insbesondere der Jugend – von der Klerikal-Diktatur im Iran entstanden. In ihrem politischen Programm hatten die Islamisten ihren verbalen Antiimperialismus mit der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit verbunden. Beides erscheint 20 Jahre später als eine Farce. Im Iran machen westliche Konzerne heute gute Geschäfte (Deutschland ist Irans größter Handelspartner) und die soziale Lage ist dramatisch. Es ist Standard, dass Arbeiter monatelang auf ihren Lohn warten müssen. Zusätzlich zur kulturellen

Unterdrückung ist die Jugend ohne Perspektiven. Zwei Drittel der Bevölkerung sind unter 30 und im Iran gibt es eine der höchsten Selbstmordraten unter Jugendlichen.

Die kapitalistischen Verhältnisse blieben unter dem Mullah-Regime unangetastet. Die einzige Änderung war, dass ein Teil der alten Bourgeoisie das Land verließ und statt dessen ein Teil der Führung der islamischen Bewegung in die Klasse der Bourgeoisie aufstieg. Der ehemalige Präsident und heute politisch sehr einflussreiche Multimillionär Rafsandjani ist der Inbegriff der neu entstandenen sozialen Elite unter dem Turban.

Die ökonomische Perspektivlosigkeit und das Ausbleiben der sozialen Verbesserungen führten zu einem Widerspruch in der Ideologie der islamischen Revolutionsbewegung. Mit der Zunahme dieses Widerspruchs brauchen einige Intellektuelle, eine Schicht der alten Funktionäre sowie die islamischen Studierenden-Verbände mit der Staatsideologie und wandten sich liberalen zivilgesellschaftlichen Modellen zu. ▶



Dieser ideologische Bruch gipfelte in einer Reformbewegung, die in der erfolgreichen Präsidentschaftskandidatur Khatamis ihren Ausdruck fand. Er hatte sich bereits vorher als Kultusminister für eine etwas liberalere Linie eingesetzt (s. iranisches Kino). Seine Wahl vor knapp 6 Jahren war ein Erdbeben im politischen System Irans. Die Wahlbeteiligung (immer weit unter 50 %) stieg auf über 80 % und Khatami erhielt mehr als $\frac{3}{4}$ der Stimmen. Diese Wahl stärkte der Bevölkerung enorm den Rücken und das repressive Regime begann im Alltag zu zerbröckeln. Frauen trugen das Kopftuch immer weiter hinten am Kopf, Paare setzten es durch, in den Parks spazieren gehen zu können, und hier und da mussten die Sicherheitswächter sogar ohnmächtig zusehen, als sich die jungen Leute in den Strassen die Hände hielten.

Diese Bewegung ging einher mit der Entstehung einer kritischen Presse, die auf dem Hintergrund einer enormen Politisierung der Gesellschaft entstand und diese massiv verstärkte. Immer wieder wurden kritische Zeitungen geschlossen, doch neue schossen wie Pilze aus dem Boden.

Seit Khatamis Wahl war das politische System Irans geteilt zwischen den Reformern, die die Administration kontrollierten und den Konservativen, die die Exekutive, die Justiz und den Wächterrat, also die realen Hebel der Macht inne haben.

Die Studierenden und die Sackgasse der Reformbewegung

Der Aufbruch der Studierendenbewegung vor 4 Jahren war die Reaktion auf einen massiven Vorstoß der Konservativen gegen die kritischen Zeitungen. Es war aber auch Ausdruck einer gewissen Ungeduld mit der Reformbewegung Khatamis, die nicht die erwarteten Verbesserungen durchsetzen konnte. Die ersten Demonstrationen nach fast 20 Jahren brachten das islamische Regime in eine tiefe Krise. Khatami wandte sich gegen die Bewegung und forderte die Studierenden zur Ruhe auf. Zu groß war die Angst, dass eine Massenbewegung von Unten nicht nur Reformen durchsetzen, sondern in ihrer Dynamik und bei der so tiefen Unzufriedenheit der Bevölkerung das ganze System der islamischen Republik destabilisieren würde. Daraufhin gingen die Konservativen in die Offensive und erdrückten die Demonstrationen mit Gewalt. Hunderte wurden

verletzt und festgenommen, viele verschwanden und einige wurden umgebracht.

Die Universitäten wurden aber so nicht beruhigt. Ganz im Gegenteil. Politisch entwickelte sich die Student/inn/enbewegung weiter. Die Mehrheit der Akteure entfremdete sich von der Reformbewegung und entwickelte eine stärkere politische Unabhängigkeit. Seither ist Khatamis Popularität eingebrochen und die Hoffnung in der Bevölkerung auf die Reformierbarkeit des Systems stark gesunken. Khatami hat nicht nur keine weiteren Reformen bringen können, er war auch unfähig, aufgrund seiner Furcht vor zu radikaleren Veränderungen den konservativen Rollback aufzuhalten. Die kritische Presselandschaft ist wieder extrem ausgedünnt, unzählige Journalisten sind in Haft.

Die Studierendenbewegung ist im Iran – ähnlich wie Indonesien 1997 – der Katalysator der gesellschaftlichen Unzufriedenheit. Sie ist heute schon die stärkste Herausforderung, der das Mullahregime seit 20 Jahren begegnet ist. Sie steht vor dem Scheideweg, entweder weiter zu wachsen und irgendwann mit aktiver Unterstützung bereiterer Schichten das System als Ganzes zu brechen, oder als Bewegung zerschlagen zu werden.

Für die politische Konstitution dieser Bewegung ist es wichtig zu sehen, dass sie aus den islamischen Verbänden selbst entstand. Diese Bewegung kann auf keine lebendige Tradition des zivilgesellschaftlichen Protests im Iran zurückgreifen. Die relevante kommunistisch orientierte Linke diskreditierte sich in ihrer kritiklosen Unterstützung Khomeinis nach der Revolution und wurde trotz Massenanhang ohne nennenswerten Widerstand komplett zerstört. Wir haben es mit einer neuen Generation zu tun, die sich entlang ihrer Erfahrungen politisch formen wird. Der Westen als Modell der liberalen Gesellschaft beeinflusst und prägt das politische Denken dieser Generation noch stark. Hinzu kommt, dass die ehemaligen Monarchisten in den USA mit ihren starken finanziellen Möglichkeiten über ihre Massenkommunikationsmittel ideologisch versuchen, auf die neue Generation einzuwirken.

Die aktuelle Bewegung

Die neue Demonstrationswelle und die Aktionen der Studierenden begannen als eine Reaktion auf ein neues Gesetz, das eine Teilprivatisierung der Universitäten vorsieht. Dieses Gesetz, das eine neue Schicht von per Gebühr rekrutierten Student/inn/en an die Universi-

täten bringen will, ging vor ca. 2 Monaten durch das Parlament und sorgte für enormen Unmut. Es waren Versammlungen in Wohnheimen geplant gewesen (im Teheraner Wohnheim Kuy wohnen bis zur 8.000 Studierende). Doch spontan entwickelten sich Straßendemonstrationen. Viele Menschen schlossen sich den Demonstrationen an, die aber relativ schnell von Sicherheitsorgane angegriffen wurden.

So kam es seit Dienstag, dem 10. Juni 2003 jeden Abend zu größeren Demonstrationen. Das Zentrum der Proteste waren wie erwähnt die Wohnheime. Am Wochenende darauf verschärfte sich die Repression, mehrere Wohnheime wurden überfallen, unzählige festgenommen, einige verschwanden und am Wochenende wurde in der Stadt Shiraz ein Student erschossen.

Die Übergriffe waren von den sogenannten »Zivil-Bekleideten« Gruppen ausgeführt worden, bewaffnete fundamentalistisch-faschistoide Banden. Die Exekutive versuchte, offiziell nicht mit der Repression in Verbindung gebracht zu werden. Einige Teilnehmer dieser reaktionären Banden wurden von Studierenden festgenommen und bei der Feststellung der Personalien stellten sie fest, dass viele von ihnen Mitglieder offizieller Sicherheitsorgane sind.

Die bereite Bevölkerung steht zwar hinter den Studierenden, hat aber noch nicht aktiv ins Geschehen eingegriffen. Viele Menschen fuhrten letzte Woche mit ihre Autos in die Stadt und hupten aus Solidarität mit den Student/inn/en. Doch das Fehlen jeglicher politischen Alternative brems das aktive Eingreifen bereiterer Schichten.

Die Repressionswelle konnte die Bewegung nicht brechen. In den Universitäten und Wohnheimen werden ständig Teach-Ins und Veranstaltungen abgehalten. Die Vorbereitungen laufen für größere Versammlungen und Aktionen für den 9. Juli, dem 4. Jahrestag der Student/inn/enbewegung. Die Studierenden haben versucht, das Stadion von Teheran für eine Massenversammlung zu buchen.

Die neue Bewegung ist politisch deutlich weiter gegangen. Eine zentrale Forderung ist der Rücktritt Khatamis. Mehr und mehr wird der Präsident als ein Hindernis für die Demokratisierung Irans gesehen. Die soziale Komponente dieser neuen Bewegung eröffnet einen neuen Horizont für die neue politische Generation, über die Frage der Demokratisierung weiter zur Frage einer sozial gerechten Ordnung der Gesellschaft

zu kommen. Gerade der Aspekt der Privatisierung stellt auch eine Brücke zur Globalisierungskritischen Bewegung her, die im Iran noch sehr wenig bekannt und bislang ohne Wurzeln ist.

Die USA, Deutschland und die Linke

Bei vielen Linken herrschte beim Entstehen dieser Bewegung Skepsis. Es wurde die Frage aufgeworfen, inwiefern die USA dahinter stehe, da sie kurz zuvor über die Forcierung eines Volksaufstandes im Iran sprachen. Die US-Regierung war auch sehr schnell dabei, diese Bewegung zu erwähnen und die iranische Regierung vor Repressionen zu warnen.

Die westlichen Gesellschaftsmodelle sind im Iran recht populär. Mit dem Westen wird wie erwähnt Demokratie und alle kulturellen Freiheiten verbunden, die der Jugend heute vorenthalten werden. Diese Bewegung ist allerdings alles andere als ferngesteuert, sondern ist das Produkt einer langen Reifung der Enttäuschung einer ganzen Generation mit dem heutigen System. Die Bewegung stellt eine Alternative zu der von Bush etablierten Doktrin dar, mit Bomben »Freiheit« zu exportieren. Hier wurzelt das Potential der Selbstbefreiung der Menschen im Iran. Sollte diese Bewegung politischen Erfolg haben und das System der Mullahs zum Einstürzen bringen, wird sich darin auch sehr leicht eine soziale Dynamik entwickeln und die Fragen nach einer gerechten Ordnung, die jetzt bereits in der Entwicklung sind, würden sehr schnell aufblühen.

Die Linke und die globalisierungskritische Bewegung sind gefordert, ihre aktive Solidarität zu zeigen. Jedes auch so kleines Zeichen wird den kämpfenden Jugendlichen Mut machen. Sollte von den westlichen sozialen Bewegungen kein Angebot der Unterstützung kommen, bleiben die USA und die von ihnen finanzierten monarchistischen Fernsehsender aus Los Angeles der einzige internationale Bezugspunkt für die neue Bewegung. Speziell in Deutschland ist Handeln angesagt. Als größter Handelspartner Irans hat sich die Bundesregierung bisher jegliche scharfe Abgrenzung oder Verurteilung der Repressionen vorenthalten. Sie muß unter Druck gesetzt werden, ihre Außenpolitik nach Menschen und nicht nach Profiten auszurichten. Hatte Kissinger in den 60ern den iranischen Schah hofiert, betreiben Fischer und Co. heute die Normalisierung der Beziehung zur iranischen Regierung, um das Geschäft weiter zu fördern.

Behindertenberatung

Telefon: 838 56 203
 Fax: 838 56 354
 E-Mail: andra@zedat.fu-berlin.de
 Ab dem 16.10.02 findet die Beratung mittwochs von 12⁰⁰-14⁰⁰ und 14³⁰-18⁰⁰ Uhr statt.
 Raum K 30/13 (Rostlaube), Habelschwerdter Allee 45, 14195 Berlin

BAföG-Beratung

Telefon: 839 091-12
 Mi 10⁰⁰-15⁰⁰
 Do 13⁰⁰-18⁰⁰

Sozialberatung

Telefon: 839 091-13
 Mi 16⁰⁰-18⁰⁰
 Do 11⁰⁰-14⁰⁰
 E-Mail: sozialberatung@astafu.de

AusländerInnenberatung

Telefon: 839 091-17
 Di 14⁰⁰-18⁰⁰
 Mi 12⁰⁰-16⁰⁰
 Online: <http://www.auslaenderinnen.de/beratung.htm>
 E-Mail: beratung@auslaenderinnen.de

Hochschulberatung

Telefon: 839 091-13
 Fr 11⁰⁰-16⁰⁰
 E-Mail: hochschulberatung@astafu.de

Heinzelmännchen-Beratung

Telefon: 831 60 71
 Mo 13³⁰-16⁰⁰
 Di 13³⁰-15⁰⁰
 Do 10³⁰-12³⁰
 Fr 10³⁰-12³⁰
 Bietet Beratung und Hilfe bei Diskriminierungsfällen im Zusammenhang mit der studentischen Arbeitsvermittlung Heinzelmännchen oder bei Lohnbetrug durch die von Heinzelmännchen vermittelten Arbeitgeber.

ES EMPFIEHLT SICH, IM ASTA-BÜRO (TEL.: 839 091-0, MO-FR 10⁰⁰-18⁰⁰ UHR) ANZURUFEN UND DIE AKTUELLEN TERMINE ZU ERFRAGEN.

ASTA-BERATUNGEN

Lesbisch-feministische Information und Service (LIS)

Telefon: 839 091-22
 Mi 16⁰⁰-18⁰⁰

Frauenberatung

Telefon: 839 091-23
 Do 11⁰⁰-13³⁰

Schwulen-, Bisexuellen- und Transgenderberatung

Telefon: 839 091-18 (Anrufbeantworter vorhanden)
 Fr 13⁰⁰-17⁰⁰
 Mo 15⁰⁰-19⁰⁰
 Online: <http://www.gaycampus.de/beratung.html>
 E-Mail: schwulenberatung@gaycampus.de

Rechtsberatung

Telefon: 839 091-0
 Fr 16⁰⁰-18⁰⁰
 Keine telefonische Beratung, keine MieterInnenberatung. Vorherige telefonische oder persönliche Anmeldung im AstA erforderlich.

Soweit nicht anders angegeben, finden alle Beratungen in der AstA-Villa, Otto-von-Simson-Str. 23 (gegenüber Mensa II in der Silberlaube) statt.

STUDENTISCHE VOLLVERSAMMLUNG

am **16.7.03** um **14 Uhr**

im **Hörsaal 1b der Silberlaube**

Themen: Studienkonten, Bildungsgutscheine und Haushaltskrise